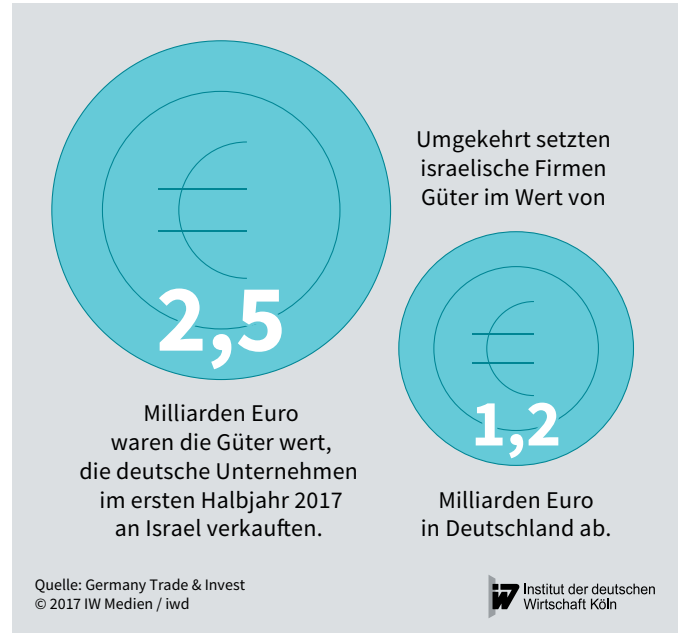


Land der Erfinder

Israel. Zur Zeit der Staatsgründung 1948 war Israel ein Entwicklungsland, heute kommen bahnbrechende Erfindungen aus dem Silicon Wadi. Hightech made in Israel ist weltweit gefragt, vor allem Innovationen zur Cybersicherheit und zum autonomen Fahren. Warum Israelis solch begeisterte Gründer und Erfinder sind und welche Folgen die Jerusalem-Entscheidung Donald Trumps haben wird, erklärt Grisha Alroi-Arloser von der Deutsch-Israelischen Industrie- und Handelskammer.

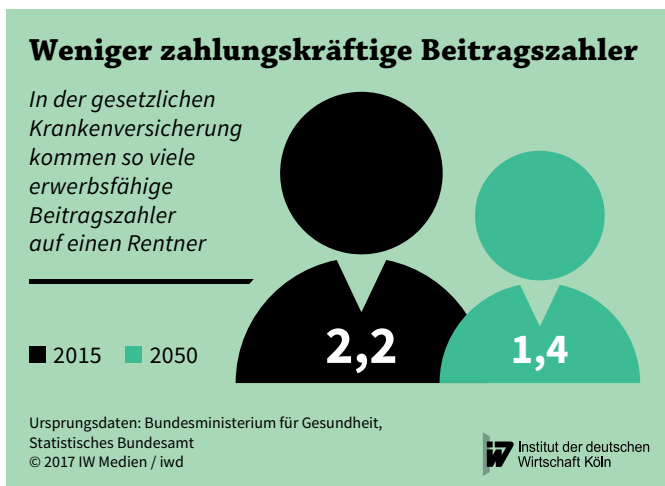
→ [Seiten 2-4](#)



Einheitsbrei?

Bürgerversicherung. Mal wieder diskutiert die Politik über den Umbau der gesetzlichen Krankenversicherung zur Bürgerversicherung – also darüber, bisher privat Versicherte ins Boot zu holen und weitere Einkommen in die Versicherungspflicht einzubeziehen. Das Demografieproblem, das auf die umlagefinanzierten Krankenkassen zurollt, würde sich dadurch aber noch verschärfen.

→ [Seite 5](#)



Umstrittene Pläne

Steuerreform USA. Die Vereinigten Staaten planen eine äußerst teure Reform mit sinkenden Abgaben für Einkommenssteuerzahler und Unternehmen. Ein großer Kritikpunkt: Die Absicht des Repräsentantenhauses, im Ausland erbrachte konzerninterne Vorleistungen mit einer 20-prozentigen Verbrauchssteuer zu belegen, widerspricht internationalen Besteuerungsprinzipien.

→ [Seiten 8-9](#)

Kein Dach überm Kopf

Wohnungslose. In Deutschland leben immer mehr Menschen, die keine eigene Wohnung haben und schlimmstenfalls auf der Straße landen – im Jahr 2016 waren es 858.000. Schuld ist der starke Zuzug in die Städte, der zu Wohnungsknappheit und Mietexplosion führt. Was tun?

→ [Seite 11](#)



Hightech aus dem Silicon Wadi

Israel. Das kleine Land im Nahen Osten hat in den vergangenen Jahrzehnten einen phänomenalen Wirtschaftswandel vollzogen. Während früher vor allem Zitrusfrüchte und andere Agrarprodukte zu den Exportschlägern zählten, sind es heute Software und Hightech, für die sich die ganze Welt begeistert.

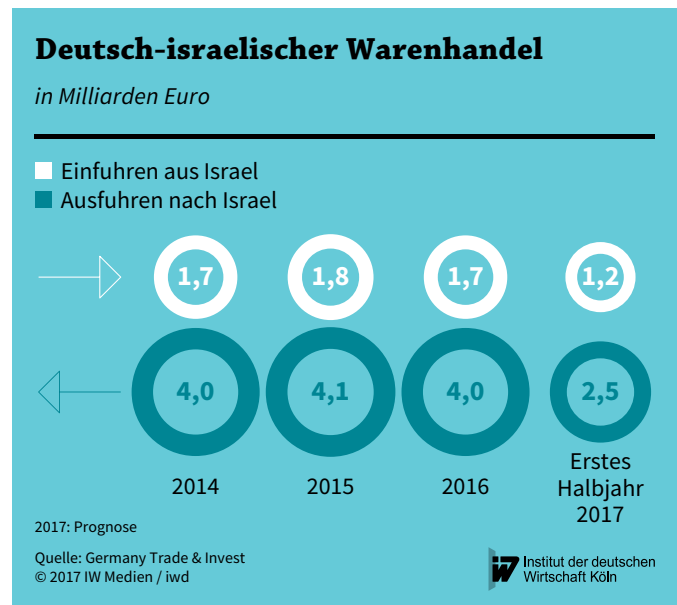
Ein Gespräch, das sich um die israelische Wirtschaft dreht, landet meist zügig bei der Hightechindustrie. Und das ist kein Wunder. Schließlich stammen aus dem Silicon Wadi, wie sich die israelische Start-up-Branche in Anlehnung an das kalifornische Silicon Valley nennt, auch bahnbrechende Erfindungen wie das Instant Messaging, der USB-Stick, der 3-D-Druck oder das automatische Übersetzungsprogramm Babylon, das 75 Sprachen beherrscht.

Derzeit besonders gefragt sind Innovationen rund um das autonome Fahren. Die Firma Mobileye etwa hat ein Kamerasystem entwickelt, das in Roboterwagen und selbstfahrenden Autos das menschliche Auge ersetzt. Da beim autonomen Fahren kaum ein Fahrzeughersteller ohne Mobileye auskommt, hat die amerikanische Chipfirma Intel den Sensorenhersteller im Frühjahr 2017 für 15,3 Milliarden Dollar gekauft – und Israel damit den bislang größten Hightechindustrie-Deal beschert.

Viele Jahrzehnte war Israel ein landwirtschaftlich geprägtes Land. In den 1960er Jahren stammten bis zu 60 Prozent der Ausfuhren aus dem Agrarsektor, der damals bekannteste Exportschlager waren Jaffa-Orangen. Mittlerweile trägt die Landwirtschaft nur noch 2 Prozent zu den Exporten bei, längst sind andere Branchen wie die Diamantenveredelung, die Sicherheits- und Rüstungstechnik, die Metallverarbeitung und natürlich die Hightechindustrie viel bedeutsamer.

Im Jahr 2015 exportierte Israels Hightechbranche Waren und Dienstleistungen im Wert von 22,5 Milliarden Dollar – rund ein Drittel aller Ausfuhren.

Das schlägt sich auch im Außenhandel mit Deutschland nieder, der zuletzt insgesamt auf stabilem Niveau blieb (Grafik). Im Jahr 2016 verkaufte Israel zum ersten Mal in der Geschichte mehr Dienstleistungen als Waren an die Bundesrepublik. Was die Deutschen eingekauft haben? Vor allem Softwareentwicklungen.



Im Jahr der Staatsgründung, 1948, war Israel ein Entwicklungsland. Rund 60 Jahre später, 2010, wurde es Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – und damit offiziell eine der führenden Industrienationen. Im Jahr 2016 erzielte Israel ein Pro-Kopf-Einkommen von rund 37.000 Dollar, Deutschland kam auf knapp 42.000 Dollar.

„Von Jaffa zu Java“ lautet ein viel zitierter Ausdruck, der den Wandel der israelischen Wirtschaft beschreibt. Doch was sind die Gründe dafür? Warum hat sich Israel von einem landwirtschaftlich geprägten Land zu einer Nation entwickelt, die es mit der kalifornischen IT- und Hightechindustrie aufnehmen kann? Dafür gibt es mehrere Ursachen:

- **Israel ist ein bedrohtes Land** – und aufgrund seiner geografischen Lage sehr schwer zu verteidigen. Die staatlichen Rüstungsbetriebe sind für ihre technologisch ausgereiften und höchst innovativen Produkte bekannt,

auch der Nachrichtendienst gilt als einer der besten weltweit. Der Treiber für Innovationen war und ist in Israel sehr oft das Militär, die Hochschulen kommen deshalb mitunter erst an zweiter Stelle.

• **Israel ist ein wasserarmes Land** – und hat, um diesen Mangel zu beheben, sehr viele Technologien entwickelt: Die Tröpfchenbewässerung, die zunächst nur auf Feldern in der kargen Negev-Wüste zum Einsatz kam, ist eine mehr als 50 Jahre alte Erfindung des israelischen Ingenieurs Simcha Blass. Heute sind fast alle landwirtschaftlichen Flächen in Israel von Schlauchsystemen mit kleinen Löchern überzogen, über die Wasser und Dünger mithilfe von Messgeräten und Computersteuerung automatisch zugeführt werden. Und auch im Rest der Welt ist diese Technik stark gefragt:

Israel ist Weltmarktführer für Tropfbewässerungssysteme.

Das Trinkwasser des Landes stammt zu rund 70 Prozent aus dem Mittelmeer. Gigantische Meerwasserentsalzungsanlagen versorgen die knapp neun Millionen Einwohner. Bis 2020 soll das gesamte Trinkwasser Israels aus Entsalzungsanlagen kommen. Das Wasser, das in der Landwirtschaft verbraucht wird, ist jetzt schon größtenteils wiederaufbereitetes Abwasser, bis 2025 soll es vollständig Grauwasser sein.

• **Israel ist ein Einwanderungsland** – im Jahr 1948 hatte Israel 800.000 Einwohner, heute sind es nach diversen Einwanderungswellen mehr als zehnmals so viele. Da nicht alle Einwanderer in der Landwirtschaft arbeiten konnten, entwickelten sich neue Branchen wie die Kunststoff verarbeitende oder die Lebensmittel verarbeitende Industrie. Die ersten Hochtechnologiefirmen Israels entstanden bereits in den 1970er Jahren, an Bedeutung gewann diese Wirtschaftssparte spätestens mit der Einwanderung der rund eine Million Juden aus Russland Ende der 1980er Jahre.

• **Israel ist ein forschungsaffines Land** – kein anderes Land der Welt gibt mehr Geld für Forschung und Entwicklung (FuE) aus (Grafik):

In den Jahren 2015 und 2016 investierte Israel je 4,25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung, wobei ein großer Teil in die Sicherheitstechnologie und in die Militärforschung floss.

Zum Vergleich: Deutschlands FuE-Aufwendungen beliefen sich 2015 auf knapp 3 Prozent der Wirtschaftsleistung.

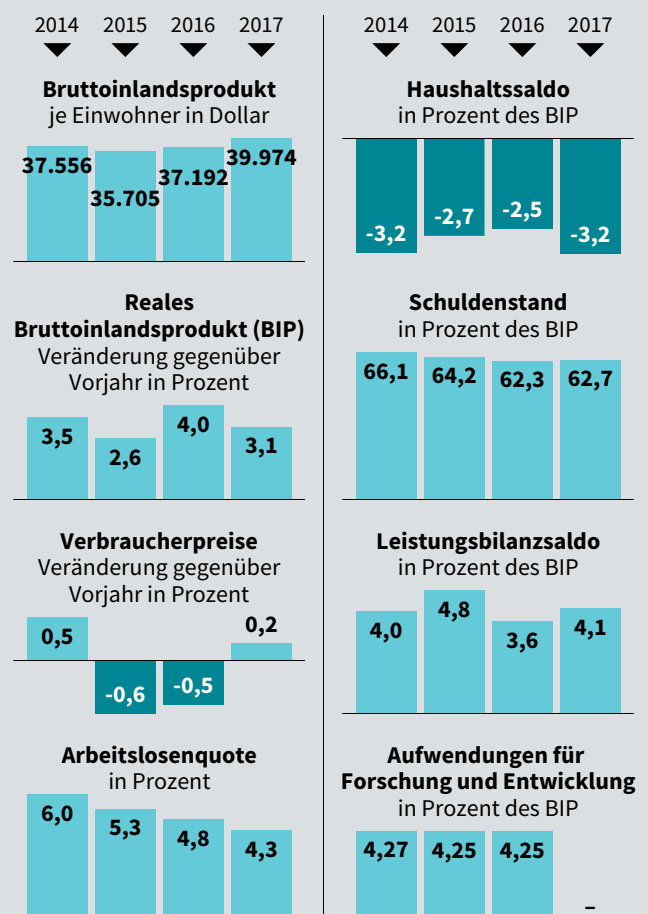
• **Israel nutzt sein akademisches Umfeld intensiv** – anders als Deutschland, wo zwar ebenfalls viele Innovationen an den Hochschulen entwickelt werden, doch dort bleiben sie oft auch. Die Hebräische Universität Jerusalem beispielsweise unterhält ein eigenes High-

tech-Village, wo kreative Köpfe in schlichten Baracken vor sich hin tüfteln. Auch Mobileye wurde anfänglich von der Transfereinrichtung der Hebräischen Universität Jerusalem unterstützt, deren Aufgabe darin besteht, Forschungsergebnisse von Akademikern zur Marktreife zu entwickeln.

• **Israel kultiviert die Improvisation** – bereits in der Armee lernen junge Frauen und Männer, dass es nicht darauf ankommt, detailliert Anweisungen zu befolgen, sondern Aufträge zu vollenden. Wie das geschehen könnte, liegt in der Hand der Wehrpflichtigen, denen es damit gestattet ist, auch ungewöhnliche Lösungswege einzuschlagen.


Damit einher geht auch ein anderer Umgang mit Autoritäten – der offene Dialog beispielsweise zwischen Mitarbeitern und Vorgesetzten ist in Israel selbstverständlich, getreu der Gewissheit: „Die meisten guten Ideen kommen nun mal nicht aus dem Management.“

Israel in Zahlen



2017: Prognose

Quellen: Germany Trade & Invest,
Internationaler Währungsfonds, OECD
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Interview. Israels Hightechindustrie ist weltberühmt. Doch die Spitzentechnologie verschafft nur relativ wenigen Menschen sichere Jobs, der größte Teil der Israelis arbeitet in anderen, meist weit schlechter bezahlten Branchen. Welche Reformen nötig sind, um das zu ändern, erläutert **Grisha Alroi-Arloser**, Geschäftsführer der Deutsch-Israelischen Industrie- und Handelskammer.



Foto: Michael Alroi

„In Israel entstehen disruptive Technologien“

Welchen Stellenwert hat die Hightechindustrie für die israelische Wirtschaft?

Die Hightechindustrie ist der Wachstumsmotor der israelischen Wirtschaft. Und sie ist der Grund für ein immer stärker werdendes Interesse internationaler Technologiekonzerne und Unternehmen anderer Branchen am Standort Israel. Doch obwohl die Hightechindustrie der Wachstumsmotor Israels ist, beschäftigt sie inklusive der Servicedienstleister maximal 15 Prozent der arbeitenden Bevölkerung. Umgekehrt sind also 85 Prozent der Erwerbstätigen von diesem prosperierenden Wirtschaftszweig ausgeschlossen.

Steuert Israel auf eine Hightechblase zu?

Nein, es handelt sich um keine Blase. Die israelischen Unternehmen der Hightechindustrie leisten durch die Bank einen wesentlichen Beitrag in ihrer Branche. Das sind wirklich disruptive Technologien, die in Israel entstehen – und zwar in einer erstaunlich großen Masse und zudem in einer erstaunlich großen Kontinuität über die vergangenen 20 Jahre hinweg.

Zum Beispiel?

Die Firma Mobileye, die in diesem Frühjahr für rund 15 Milliarden Dollar von Intel gekauft wurde. Dieselben Gründer haben übrigens jetzt ein neues Unternehmen mit 180 Mitarbeitern, das eine interessante Technologie auf den Markt bringt: eine Apparatur, die Blinden und Sehbehinderten die Möglichkeit gibt, sich mithilfe einer kleinen, auf einem Brillengestell angebrachten Kamera wieder zurechtzufinden. Diese Kamera kann dem Blinden sagen, wer vor ihm steht. Sie kann auch Produkte und Straßenschilder erkennen sowie Texte lesen, und zwar in über 20 Sprachen.

Was müsste sich ändern, damit mehr Menschen in Israel ein gutes Auskommen haben?

Wir haben sehr unterschiedliche Bevölkerungsgruppen mit sehr unterschiedlichen Standards und Lebensvorstellungen. Was sicherlich richtig und angeraten wäre, ist eine einschneidende Reform des Schul- und Bildungswesens.

Und was müsste in wirtschaftlicher Hinsicht passieren?

Wir müssten kulturell ein größeres industrielles Durchhaltevermögen

entwickeln, statt Start-ups mitsamt dem geistigen Eigentum immer so schnell zu verkaufen. Es bräuchte mehr veritable Technologieunternehmen, in denen nicht nur Programmierer, sondern auch Techniker, Ingenieure und Facharbeiter beschäftigt werden. So könnten wir einen größeren Teil der arbeitenden Bevölkerung ansprechen. Aber das ist ein Wandel, der voraussichtlich erst in zwei oder drei Generationen vollzogen werden wird.

Wie wird sich die Entscheidung Trumps, Jerusalem als Israels Hauptstadt anzuerkennen, auf die israelische Wirtschaft auswirken?

Die Entscheidung des US-Präsidenten mag kurzfristig zu politischen Spannungen und gewalttätigen Ausschreitungen führen, sie wird sich aber mittel- bis langfristig nicht auf die Wirtschaft auswirken. Das Zentrum der israelischen Wirtschaft – insbesondere im Hightech-, Innovations-, Finanz- und Start-up-Bereich – bleibt Tel Aviv.



Die Langfassung des Interviews sowie weitere Artikel zum Thema finden Sie in unserem Israel-Dossier auf iwd.de/dossiers/israel

Eine für alle?

Gesetzliche Krankenversicherung. Viele Sozialversicherungsexperten gehen davon aus, dass die Krankenkassen infolge des demografischen Wandels noch größere Finanzierungsschwierigkeiten bekommen werden als die gesetzliche Rentenversicherung. Die derzeit von der SPD gewünschte Bürgerversicherung würde die Lage nicht entspannen, sondern verschärfen.

Union und SPD wollen über eine Große Koalition reden. Damit ist auch die sogenannte Bürgerversicherung zurück auf der Agenda. Denn für die SPD ist der Umbau der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ein zentrales Anliegen.

Neu ist die Idee der Bürgerversicherung nicht: Schon Anfang der 2000er Jahre, als die Ausgaben der Krankenkassen stärker wuchsen als die Einnahmen und die Beitragssätze deshalb immer weiter stiegen, stand der Vorschlag im Raum, zusätzliche Beitragseinnahmen zu generieren. Grundsätzlich beinhaltet die Bürgerversicherung zwei Komponenten, die alternativ oder in Verbindung miteinander diskutiert werden:

- **Bis dato privat Versicherte** einschließlich der Beamten und Selbstständigen sollen in die gesetzliche Krankenversicherung geholt werden.
- **Weitere Einkommensbestandteile** wie Mieteinnahmen und Kapitalerträge sollen in die Beitragspflicht einbezogen werden.

Ob es dabei weiterhin eine Beitragsbemessungsgrenze gibt – 2018 liegt sie bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von 4.425 Euro –, ist ebenfalls umstritten.

So gerecht, wie die Bürgerversicherung klingt, ist sie jedoch nicht. Denn sie macht die Rechnung ohne den demografischen Wandel, der alle umlagefinanzierten Systeme vor immense Herausforderungen stellt (Grafik):

Derzeit kommen auf einen gesetzlich krankenversicherten Rentner 2,2 erwerbsfähige Beitragszahler – schon 2030 werden es nur noch 1,6 sein.

Das Problem: Ruhestandler zahlen tendenziell geringere Beiträge als Erwerbstätige, verursachen aber altersbedingt höhere Krankheitskosten. Allein die demografischen Verschiebungen reißen nach IW-Berechnungen bis 2030 eine Finanzierungslücke von 36 Milliarden Euro ins GKV-System – in heutigen Preisen und Behandlungskosten. Der medizinische Fortschritt ist dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

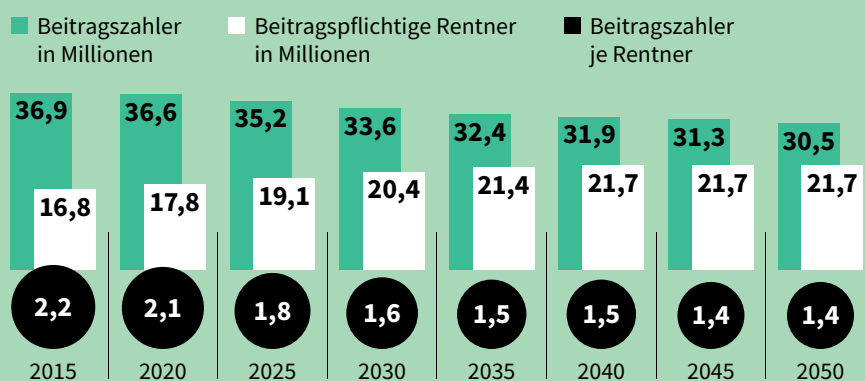
Während in der umlagefinanzierten gesetzlichen Krankenversicherung höhere Gesundheitskosten vor

allem von den jüngeren Mitgliedern getragen werden, können private Krankenversicherungen die alterungsbedingten Lasten nicht auf die Jugend überwälzen. Deren Mitglieder müssen für ihre höheren Ausgaben im Alter selbst vorsorgen.

Müssten sich alle derzeit privat Versicherten in die gesetzlichen Kassen begeben, droht sich deren demografisches Problem noch zu verschärfen: Jeder neue Beitragszahler ist zugleich ein Leistungsempfänger – und wird älter.

Zudem ist im privaten System für jedes Familienmitglied eine eigene Prämie fällig. Im gesetzlichen Umlageverfahren dagegen werden nicht erwerbstätige Kinder und Ehepartner beitragsfrei versorgt.

Gesetzliche Krankenversicherung: Verhältnisse verschieben sich



Beitragszahler: versicherungspflichtig Beschäftigte, freiwillige Mitglieder, Empfänger von Arbeitslosengeld I und II

Ursprungsdaten: Bundesministerium für Gesundheit, Statistisches Bundesamt
© 2017 IW Medien / iwd

iwd Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Moderate Lohnerhöhungen

Tarifpolitik. Während im Jahr 2017 vor allem in den Dienstleistungsbranchen verhandelt wurde, stehen im kommenden Jahr viele wichtige Industriebranchen, das Baugewerbe sowie der öffentliche Dienst im Mittelpunkt.

Wie im Vorjahr wurden auch 2017 die höchsten Tariflohnsteigerungen im Hotel- und Gaststättengewerbe ausgehandelt (Tabelle). So können sich die Beschäftigten im Tarifgebiet Hessen über ein Plus von 3,5 Prozent freuen, müssen dafür aber eine relativ kurze Laufzeit von 16 Monaten in Kauf nehmen. Einen überdurchschnittlichen Abschluss gab es auch im Kfz-Gewerbe: Im Tarifgebiet Bayern wurden bei einer Laufzeit von 24 Monaten zwei Erhöhungen von je 2,9 Prozent vereinbart.

In anderen Branchen fiel die Anhebung bei Laufzeiten von meist 24 Monaten moderater aus. Im öffentlichen Dienst betrug sie insgesamt 4,35 Prozent, im Einzelhandel Baden-Württembergs 4,3 Prozent und im Groß- und Außenhandel NRW 4,5 Prozent. In den drei Branchen gibt es 2017 und 2018 jeweils eine Erhöhungsstufe.

Auch in der Industrie gab es keine Ausreißer. In der Textilindustrie zum Beispiel erhöhten sich die Tariflöhne im Osten stufenweise um 2,9 Prozent ab Juni 2017 und um weitere 1,9 Prozent ab September 2018, im Westen zunächst um 2,7 Prozent und ein Jahr später um weitere 1,7 Prozent. Beide Tarifverträge haben eine Laufzeit von 24 Monaten.

Im Bauhauptgewerbe gab es zwar keine Entgelttrunde, dafür wurde aber über eine Anpassung der

Tarifabschlüsse 2017

Entgeltregelungen (Auswahl)

Branche	Erhöhung
Bauhauptgewerbe	Erhöhung der Mindestlöhne I und II zum 1.1.2018 auf 11,75 Euro (West und Ost); 14,95 Euro (West); 14,80 Euro (Berlin) und weitere Erhöhung zum 1.3.2019 auf 12,20 Euro (West und Ost); 15,20 Euro (West); 15,05 Euro (Berlin)
Einzelhandel Baden-Württemberg	Nach 2 Nullmonaten (April und Mai) stufenweise Erhöhung um 2,3 Prozent ab 1.6.2017 und weitere 2 Prozent ab 1.4.2018; Laufzeit: 24 Monate
Eisen und Stahl Nordwest	Nach 1 Nullmonat (März) stufenweise Erhöhung um 2,3 Prozent ab 1.4.2017 und weitere 1,7 Prozent ab 1.5.2018; Laufzeit: 22 Monate
GDL	Einmalzahlung von 550 Euro für den Zeitraum 1.10.2016 bis 1.3.2017; 2,5 Prozent ab 1.4.2017; Laufzeit: 24 Monate
Groß- und Außenhandel NRW	Nach 3 Nullmonaten (Mai bis Juli) stufenweise Erhöhung um 2,5 Prozent ab 1.8.2017 und weitere 2 Prozent ab 1.5.2018; Laufzeit: 24 Monate
Hotel- und Gaststättengewerbe Hessen	3,5 Prozent ab 1.9.2017; Laufzeit: 16 Monate
Kfz-Gewerbe Bayern	Einmalzahlung 100 Euro für Juni 2017 (50 Euro für Azubis); stufenweise Erhöhung um 2,9 Prozent ab 1.7.2017 und weitere 2,9 Prozent ab 1.11.2018; Laufzeit: 24 Monate
Lufthansa (Piloten)	11,4 Prozent rückwirkend ab 2012 plus Einmalzahlung in Höhe des 1,8-Fachen eines Monatsentgelts; Laufzeit: bis Juni 2022
Öffentlicher Dienst Länder	Stufenweise Erhöhung um 2 Prozent (oder 75 Euro) ab 1.1.2017 und weitere 2,35 Prozent ab 1.1.2018; Laufzeit: 24 Monate
Papierherzeugende Industrie	Stufenweise Erhöhung um 2,4 Prozent ab 1.7.2017 und weitere 1,2 Prozent ab 1.8.2018; Laufzeit: 20 Monate
Textilindustrie Ost	Nach 1 Nullmonat (Mai) Erhöhung um 2,9 Prozent ab 1.6.2017 und weitere 1,9 Prozent ab 1.9.2018; Laufzeit: 24 Monate
Textilindustrie West	Einmalzahlung von 40 Euro zum 1.2.2017, jeweils 50 Euro zum 1.3. und 1.4.2017, jeweils 60 Euro zum 1.5./1.6./1.7.2017; Erhöhung um 2,7 Prozent ab 1.8.2017 und um weitere 1,7 Prozent ab 1.9.2018; Laufzeit: 24 Monate
Versicherungsgewerbe (Innendienst)	Stufenweise Erhöhung um 2 Prozent ab 1.11.2017 und weitere 1,7 Prozent ab 1.12.2018; Laufzeit: 29 Monate
Wohnungs- und Immobilienwirtschaft	Erhöhung um 2,4 Prozent (mindestens 65 Euro) ab 1.7.2017 und weitere 2,2 Prozent ab 1.7.2018; Laufzeit: 24 Monate

tariflichen Branchenmindestlöhne verhandelt. In der Lohngruppe eins steigt der Mindestlohn in Ost und West von derzeit 11,30 Euro ab Januar 2018 auf zunächst 11,75 Euro und ein Jahr später auf 12,20 Euro.

Über alle Branchen hinweg sind die Tarifverdienste je Stunde nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank im Jahr 2017 um 2,2 Prozent gestiegen – und damit ebenso moderat wie in den beiden Vorjahren.

Im Vordergrund der diesjährigen Tarifrunden standen zwar Entgelt-erhöhungen. Es wurden aber auch andere Themen angepackt: In der Chemischen Industrie Ost zum Beispiel wird die Wochenarbeitszeit langfristig um 90 Minuten reduziert. Im Gegenzug bekommen die Unternehmen mehr Flexibilität – als Vollzeitkorridor gilt künftig eine tarifliche Wochenarbeitszeit von 32 bis 40 Stunden. Zudem können die Betriebe mit ihren Arbeitnehmern individuelle Vereinbarungen treffen.

Über die Arbeitszeit verhandelten auch die Lokführergewerkschaft GDL und die Bahn. Die Verhandlungspartner übernahmen eine Tarifregelung der Konkurrenzgewerkschaft EVG aus dem Jahr 2016. Demnach können die Beschäftigten zwischen einer Entgelterhöhung, zusätzlichen Urlaubstagen und einer verkürzten Wochenarbeitszeit wählen.

Im Tarifjahr 2018 stehen unter anderem in der Metall- und Elektro-Industrie und im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen Tarifverhandlungen an (Tabelle). Insgesamt sind allein von diesen beiden Tarifrunden mehr als sechs Millionen Arbeitnehmer betroffen.

Da die Tarifverträge in der M+E-Industrie schon zum Jahresende auslaufen, hat die IG Metall ihre Forderung bereits offiziell beschlossen. Sie geht mit einer Gehaltsforderung von 6 Prozent in die Verhand-

lungen und möchte für die Beschäftigten zudem das Recht durchsetzen, die Wochenarbeitszeit für zwei Jahre auf 28 Stunden zu verringern. Dies soll mit einem Rückkehrrecht auf Vollzeit und in vielen Fällen auch mit einem Lohnausgleich gekoppelt werden.

Die Arbeitgeber haben im Gegenzug ein höheres Maß an Flexibilität

gefordert, um mit mehr Beschäftigten auf individueller Basis eine längere Arbeitszeit als 35 Stunden pro Woche vereinbaren zu können. Eine Umfrage der IG Metall hat gezeigt, dass sich knapp ein Drittel der Beschäftigten eine Arbeitszeit von mehr als 35 Stunden wünscht, während nur 20 Prozent weniger als 35 Stunden arbeiten wollen.

Tarifverhandlungen: Kündigungstermine 2018

■ Zahl der betroffenen Arbeitnehmer in 1.000

Branche		
Metall- und Elektro-Industrie	31.12.17	3.900
Zeitungsverlage	31.12.17	14
Postdienstleistungen	31.1.18	140
Hotel- und Gaststättengewerbe (Brandenburg)	31.1.18	26
Volkswagen AG (West)	31.1.18	120
Öffentlicher Dienst Bund und Kommunen	28.2.18	2.200
Bauhauptgewerbe	28.2.18	760
Hotel- und Gaststättengewerbe (Rheinland-Pfalz)	28.2.18	190
Maler- und Lackiererhandwerk	31.3.18	145
Hotel- und Gaststättengewerbe (Bayern)	30.4.18	145
Zeitschriftenverlage (Redakteure)	30.4.18	9
Hotel- und Gaststättengewerbe (NRW)	31.7.18	380
Chemische Industrie	31.7.18	550
Dachdeckerhandwerk	31.7.18	65
Druckindustrie	30.8.18	160
Versicherungen Innendienst	30.8.18	170
Deutsche Bahn	30.9.18	150
Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitende Industrie	31.10.18	100
Wach- und Sicherheitsgewerbe	31.12.18	260
Öffentlicher Dienst Länder	31.12.18	800
Hotel- und Gaststättengewerbe (Thüringen, Sachsen-Anhalt, Hessen)	31.12.18	46
Eisen- und Stahlindustrie	31.12.18	75

Finanzierungsprinzip Hoffnung

Steuerreform USA. Donald Trumps Steuerpläne kommen voran, obwohl viele Details – zum Zeitpunkt des iwd-Redaktionsschlusses – noch unklar sind und die Finanzierung auf extrem optimistischen Annahmen beruht. Für Europa ist vor allem relevant, dass die US-Regierung die Besteuerung global agierender Unternehmen umkrempeln will.

Donald Trump kann sich freuen: Ganz in seinem Sinne sind sich Senat und Repräsentantenhaus einig, die Einkommenssteuer senken und die Unternehmen entlasten zu wollen. Zudem steht die Erbschaftssteuer auf der Abschussliste und eine neue Patentbox soll Firmen dazu verleiten, ihre Patente und Lizenzen steuer-günstig in den USA anzumelden (siehe iwd 6/2017).

Klar ist allerdings auch, dass die Reform zu deutlich sinkenden Steuereinnahmen führt. Seriöse Schätzungen rechnen über die nächsten zehn Jahre mit Ausfällen von insgesamt 1,5 Billionen Dollar. Neue Schulden sind daher unvermeidlich. Die Republikaner setzen jedoch unbeirrt darauf, dass sich die Steuersenkungen durch zusätzliche Investitionen und neue Jobs am Ende von selbst finanzieren. Die Reformvorhaben im Einzelnen:

Einkommenssteuer. Nach heutigem Stand wird der allgemeine Freibetrag, der für Singles bei 6.350 Dollar und bei Paaren bei 12.700 Dollar liegt, in etwa verdoppelt. Im Gegenzug sollen jedoch Abzugsmöglichkeiten für Kinderbetreuung, Umzugskosten oder Zinsen auf Ausbildungsdarlehen entfallen. Der Kern der Reform betrifft aber die Steuersätze (Grafik):

Die Grenzsteuersätze sollen fast über die gesamte Einkommensskala hinweg sinken – die US-Bürger müssen dann von fast jedem zusätzlich verdienten Dollar weniger an den Fiskus abführen als bisher.

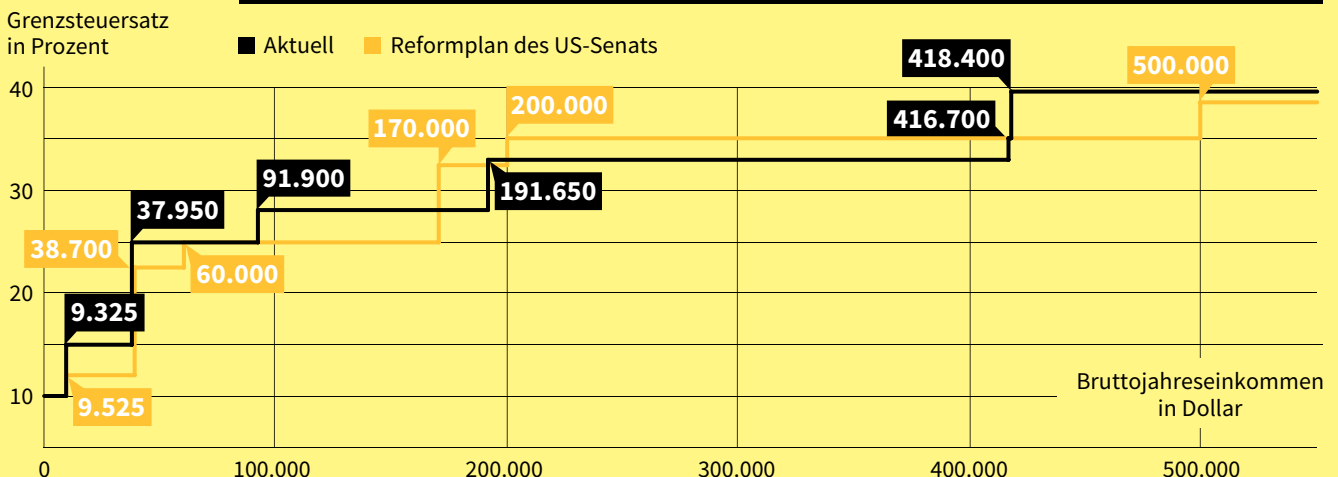
Der Spitzensteuersatz soll dem Senat zufolge erst ab einem deutlich höheren Einkommen greifen.

Unternehmenssteuersatz. US-Firmen müssen künftig wohl nur noch einen allgemeinen Satz von

USA: Die geplante Reform der Einkommenssteuer

Angaben für Singles

Lesebeispiel: Derzeit müssen Singles in den USA ab einem Bruttojahreseinkommen von 9.325 Dollar bis zur nächsten Stufe von 37.950 Dollar auf jeden zusätzlich verdienten Dollar 15 Prozent Einkommenssteuer zahlen. Künftig soll für Einkommen zwischen 9.525 und 38.700 Dollar nur noch ein Grenzsteuersatz von 12 Prozent gelten.



Bruttojahreseinkommen: nach Abzug des allgemeinen Freibetrags

20 oder 22 Prozent Steuern auf ihre Gewinne zahlen – momentan sind es 35 Prozent. Berücksichtigt man die zusätzlichen regionalspezifischen Steuern, liegen die USA derzeit im internationalen Vergleich vorn (Grafik):

Im Jahr 2017 wurden auf Unternehmensgewinne in den USA im Schnitt insgesamt knapp 39 Prozent Steuern fällig – gegenüber gut 30 Prozent in Deutschland und 19 Prozent in Großbritannien.

Nach der Reform wird die tarifliche Belastung in den Vereinigten Staaten unter Berücksichtigung lokaler Steuern immer noch rund 25 Prozent betragen (siehe iwd 9/2017). Das entspricht dem Durchschnitt der Industrieländer. Dennoch könnte die US-Reform einen neuen Steuersenkungswettbewerb auslösen.

Cashflow-Besteuerung. Die Gesetzentwürfe sehen vor, dass Investitionen künftig sofort abgeschrieben werden, was die Bemessungsgrundlage unmittelbar reduziert. Indem der Staat die steuerliche Abzugsfähigkeit von Fremdkapitalzinsen abschafft, werden kreditfinanzierte Investitionen nicht mehr gegenüber jenen bevorzugt, die die Firmen mit eigenen Mitteln stemmen. Das könnte die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen stärken und das Insolvenzrisiko senken.

Repatriierung von Gewinnen. Bisher besteuern die USA als nahezu einziges Land die Gewinne ihrer Unternehmen auch dann, wenn sie im Ausland erzielt wurden. Deshalb parken Konzerne mit Hauptsitz in den USA ihre im Ausland erzielten Erträge dort, statt sie an die Muttergesellschaft auszuschütten. Die geparkten Gewinne sollen sich inzwischen auf 3 Billionen Dollar belaufen.

Die US-Regierung will den Unternehmen nun einen Deal anbieten: Wer die Gewinne an die jeweilige US-Mutter ausschüttet, zahlt darauf einmalig rund 14 Prozent Steuern – das wären bis zu 420 Milliarden Dollar. Künftig will der US-Fiskus aber das Quellensteuerprinzip anerkennen – eine Nachbelastung von im Ausland versteuerten Gewinnen gäbe es dann nicht mehr.

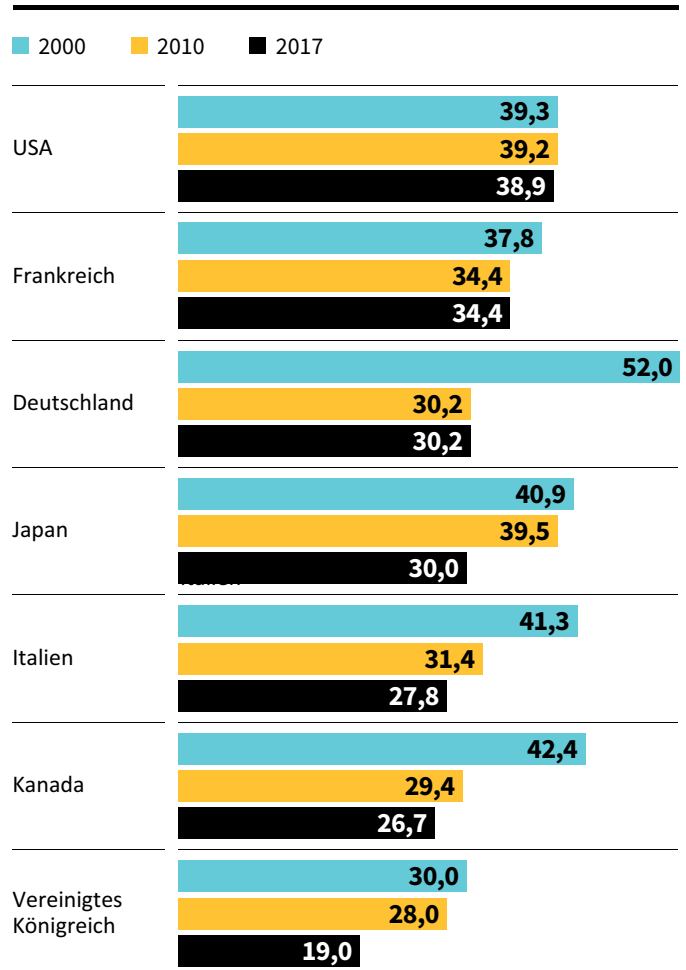
Ausgleichssteuer. Umstrittenster Teil des Reformpakets ist die Einführung von Steuern auf firmeninterne Importe. Hierbei unterscheiden sich die Vorschläge von Repräsentantenhaus und Senat noch deutlich:

- Das Repräsentantenhaus möchte im Ausland erbrachte konzerninterne Vorleistungen in den USA mit einer 20-prozentigen Verbrauchssteuer belegen, um die amerikanische Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Die Maßnahme würde jedoch gegen das Ursprungslandprinzip verstoßen, denn die Wertschöpfung für die im Ausland hergestellten Vorprodukte wird bereits dort besteuert.

Deutsche Unternehmen, die Vorleistungen von Deutschland an ihre US-Töchter liefern, könnten mit der

Körperschaftssteuer: In den USA bisher recht hoch

Nominale Unternehmenssteuersätze in den G-7-Staaten in Prozent der Gewinne



Unternehmenssteuersätze: einschließlich lokaler Steuern

Quelle: OECD
© 2017 IW Medien / iwd

iwd Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

geplanten Neuregelung allerdings wohl leben. Denn vier Fünftel der in Deutschland auf die Vorprodukte gezahlten Ertragssteuern sind in den USA anrechenbar. Da der hiesige Steuersatz etwa 30 Prozent beträgt, liegen vier Fünftel davon deutlich über dem in den USA fälligen Satz von 20 Prozent. Deutsche Firmen sollten also nicht mehr Steuern zahlen als bislang. Dennoch ist diese Maßnahme kritisch zu bewerten, da bei der Anrechnung von Gewinnsteuern auf eine Umsatzsteuer mit Umsetzungsproblemen und rechtlicher Unsicherheit zu rechnen ist.

- Der Senat will eine Mindestbesteuerung von großen internationalen Konzernen prüfen, um der Gewinnverlagerung ins niedrig besteuerte Ausland über Zinsen und Lizenzgebühren Einhalt zu gebieten. Eine Nachzahlung soll aber nur anfallen, wenn die effektive Steuerbelastung in den USA unter 10 Prozent liegt.

Potenzial optimal nutzen

Fachkräftenachwuchs. Der Fachkräftemangel betrifft in Deutschland mittlerweile alle Regionen. Um in Zukunft möglichst viele vakante Stellen besetzen zu können, ist es entscheidend, dass man den Nachwuchs optimal fördert. Das steigende Bildungsniveau deutet darauf hin, dass sich für die Unternehmen Chancen ergeben, ihre Personallücken zu schließen.

Schon heute sind Fachkräfte in Deutschland rar – und die Situation wird sich in den nächsten Jahren aufgrund des demografischen Wandels noch verschärfen. Deshalb ist es wichtig, so viele junge Menschen wie möglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Voraussetzung dafür ist ein hohes Bildungsniveau. Je mehr junge Menschen hochwertige Abschlüsse vorweisen und je weniger ohne Bildungsabschluss die Schule verlassen, umso besser kann das Potenzial genutzt werden.

Um die bestehende Qualifikationssituation einschätzen zu können, lohnt ein Vergleich mit den Schulabgängern früherer Jahre. Es zeigt sich ein positiver Trend:

Der Anteil der 18- bis 25-Jährigen ohne Abschluss hat sich von 2000 bis 2015 von knapp 15 Prozent auf unter 10 Prozent reduziert.

Auch die niedrige Quote der Jugendlichen, die ohne Abschluss die Schule verließen, verdeutlicht die gute Entwicklung. Zwischen 2009 und 2014 lag sie zeitweise unter 3 Prozent.

Insgesamt erreicht die junge Generation in Deutschland höhere Bildungsabschlüsse (Grafik):

Knapp 42 Prozent der Absolventen erlangten 2014 die Fachhochschul- oder allgemeine Hochschulreife. Vier Jahre zuvor waren es erst 39,5 Prozent.

Der Anteil der Realschulabschlüsse ist ebenfalls gestiegen, der Anteil der Hauptschulabschlüsse dagegen gesunken.

Bildung ist in Deutschland Ländersache. Auch deshalb unterscheiden sich die Ergebnisse von Bundesland zu Bundesland. Die geringsten Abbrecherquoten verzeichneten 2015 Hessen und Nordrhein-Westfalen, umgekehrt erreichten in Hamburg fast 60 Prozent der Absolventen von allgemein- und berufsbildenden Schulen die Fachhochschul- oder allgemeine Hochschulreife.

Das höhere Bildungsniveau spiegelt sich bereits auf dem Arbeitsmarkt wider:

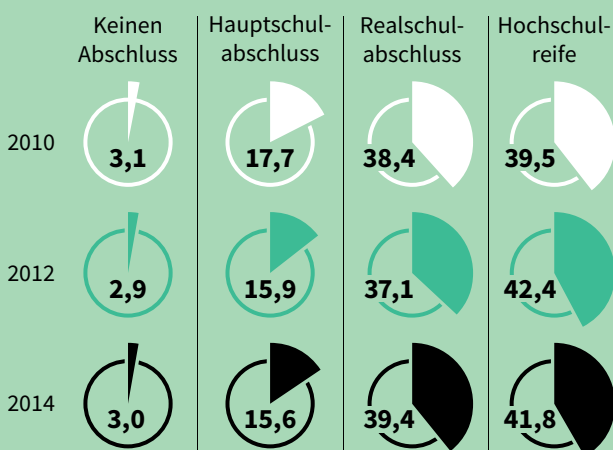
Der Anteil der Beschäftigten mit akademischem Abschluss ist in Deutschland seit 2007 gestiegen.

Besser ausgebildete Nachwuchskräfte könnten künftig zu Produktivitätssteigerungen und damit zur Reduzierung der Fachkräfteengpässe führen. Das gilt insbesondere für jene Regionen, in denen – gemessen an der Zahl älterer Beschäftigter – zurzeit relativ wenige junge Einwohner leben.

Großstädte und ihre umliegenden Regionen ziehen weiterhin überdurchschnittlich viele Hochqualifizierte an. Die ländlich geprägten Kreise und die ansässigen Unternehmen müssen deshalb daran arbeiten, ein attraktives berufliches Umfeld zu bieten, um für Fachkräfte interessant zu sein. Außerdem sollten Firmen möglichst früh – am besten bereits in der Schule – an die potenziellen Mitarbeiter von morgen herantreten und als Arbeitgeber auf sich aufmerksam machen.

Das Bildungsniveau steigt

So viel Prozent der Schulabgänger in Deutschland hatten diesen Abschluss



Rest zu 100: vor allem Schulabgänger mit Förderschulabschluss

Quellen: Bertelsmann Stiftung, IW Consult
© 2017 IW Medien / iwd

Die wahren Armen

Wohnungslose. Immer mehr Menschen wollen in Städten leben, deshalb explodieren vielerorts die Mieten. Die unschönste Folge dieser Entwicklung ist die Zunahme der Obdachlosigkeit.

Wer in der EU weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verdient, gilt als armutsgefährdet – und das traf in Deutschland zuletzt auf 16,5 Prozent der Menschen zu. Doch ist hierzulande wirklich schon arm, wer als Single im Monat 1.064 Euro netto zur Verfügung hat?

Dass es in Deutschland auch wahrhaft arme Menschen gibt, bleibt in Städten wie Hamburg und Berlin niemandem verborgen: Es sind jene, die nicht einmal ein eigenes Dach über dem Kopf haben. Und laut Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) werden es immer mehr (Grafik):

Nach Schätzung der BAGW hatten in Deutschland 2016 rund 422.000 Menschen weder einen Mietvertrag noch Wohneigentum – 166.000 mehr als im Jahr 2006.

Noch nicht eingerechnet sind hier jene 436.000 anerkannten Flüchtlinge, die keine Wohnung finden und deshalb weiterhin in Asylbewerberunterkünften geduldet werden. Insgesamt leben in Deutschland derzeit also knapp 860.000 wohnungslose Menschen – viele von ihnen sind allerdings bei Freunden oder in Heimen untergekommen.

Die Zahl derer, die unter Brücken schlafen oder in Parks campieren, veranschlagt die BAGW auf etwa 52.000 – binnen zwei Jahren eine Zunahme um 33 Prozent.

Das Problem der zunehmenden Wohnungslosigkeit konzentriert sich vor allem auf die Städte, wie die jährlichen Stichtagserhebungen dokumentieren, die NRW als einziges Bundesland regelmäßig durchführt:

Während in ländlichen Regionen oft weniger als zehn Wohnungslose auf 10.000 Einwohner kommen, sind es in Köln 46, in Düsseldorf 39.

Die Gründe dafür sind der starke Zuzug aus dem In- wie Ausland und das mit der Nachfrage nicht Schritt haltende Angebot an Wohnraum. Die Folgen sind Wohnungsknappheit und eine Explosion der Mieten.

Für Menschen mit geringen Einkommen wird es deshalb immer schwieriger, eine bezahlbare Woh-

nung zu finden. Wie dem am besten beizukommen ist, darüber sind die Experten uneins. Besonders laut ist der Ruf nach einer Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus. Vorteile hätte aber aus Sicht des IW, wirklich Bedürftige via Wohngeld zu unterstützen, weil sich so das Problem der Fehlbelegung von Sozialwohnungen umgehen lässt.

Zugang zu Wohnungen kann der Staat Obdachlosen dadurch verschaffen, dass er Belegungsrechte für bestehende Wohnungen erwirbt – und den Vermietern dafür einen Mietaufschlag zahlt. Zudem müssen die Kommunen mehr Bauland ausweisen, damit wieder mehr und günstiger gebaut werden kann.

Wohnungslose in Deutschland

858.000

So viele Wohnungslose zählte Deutschland 2016 insgesamt – darunter **436.000** anerkannte Flüchtlinge.



52.000

So viele Menschen lebten 2016 Schätzungen zufolge obdachlos auf der Straße, etwa 13.000 mehr als zwei Jahre zuvor.



50%

So hoch ist der – maximale – Anteil der zugewanderten EU-Bürger an den Obdachlosen in den Städten.

1.200.000

So viele Menschen könnten 2018 ohne eigene Wohnung dastehen.

Wohnungslose: ohne Mietvertrag oder Wohneigentum, einschließlich vorübergehend bei Bekannten, in Unterkünften oder Heimen Lebender; Obdachlose: Wohnungslose ohne Unterkunft

Quelle: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Ulrich von Lampe
(verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Irina Berenfeld, Carsten Ruge,
Berit Schmiedendorf, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de
Bezugspreis:
€ 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten,
inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag:
Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445
Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die
elektronische Verwertung über:
lizenzen@iwkoeln.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.

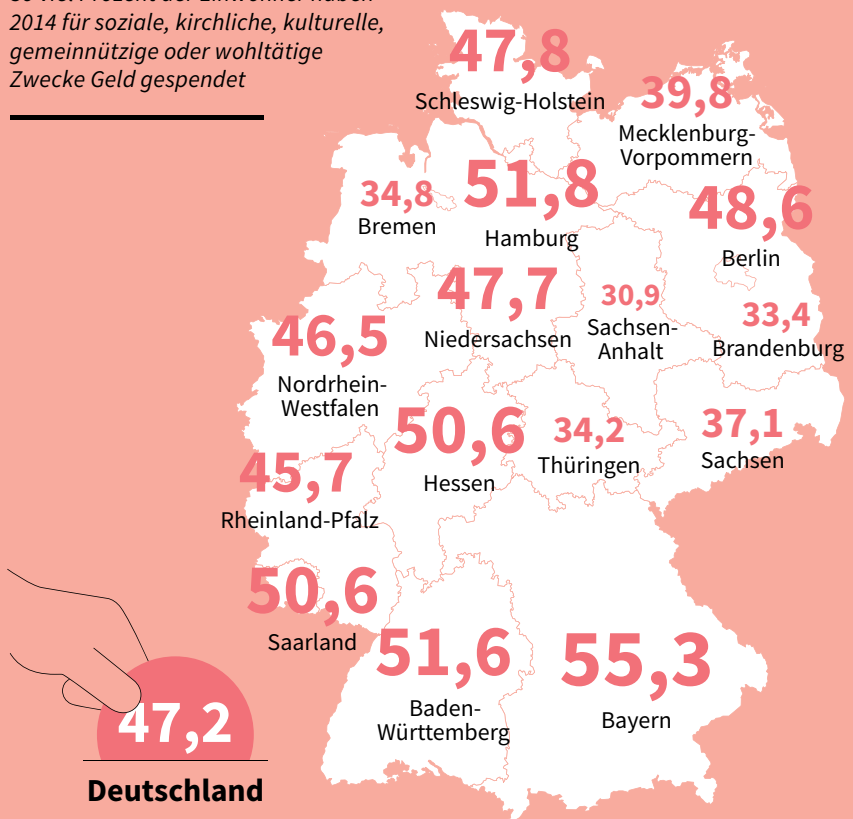
Top-Liste: Vom Glück des Gebens

5,3 Milliarden Euro haben die Deutschen im vergangenen Jahr gespendet. Der größte Teil davon – 77 Prozent – ging an humanitäre Hilfsprojekte, 5 Prozent kamen dem Tierschutz zugute, den Rest teilten sich Sportvereine, die Kultur- und Denkmalpflege sowie der Umwelt- und Naturschutz. Knapp die Hälfte der Bundesbürger spendet. Spender weisen eine höhere Lebenszufriedenheit auf als Nichtspender, haben Verhaltensökonomien festgestellt. Das Glücksgefühl der Gebenden stellt sich allerdings nur dann ein, wenn freiwillig gespendet wird. Lästige Pflichtgeschenke und Spenden unter Zwang bescheren dem Schenker dagegen Verdruss.

Weitere Informationen:
iwkoeln.de/spenden

Spendenatlas

So viel Prozent der Einwohner haben 2014 für soziale, kirchliche, kulturelle, gemeinnützige oder wohltätige Zwecke Geld gespendet



Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel
© 2017 IW Medien / iwd

iW Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Neu auf iwd.de: Gute Argumente für Zweitjobs

Rund 3,2 Millionen Beschäftigte in Deutschland haben mindestens zwei Jobs. Der Grund dafür ist allerdings nicht unbedingt das Geld – oft verdienen Nebenjobber in ihrem Haupterwerb sogar mehr als jene Arbeitnehmer, die nur eine Stelle haben. Das dürfte auch daran liegen, dass Erwerbstätige mit Nebenberuf im Schnitt einen höheren Bildungsgrad aufweisen. Welche weiteren Gründe Nebenjobs so attraktiv machen, lesen Sie auf iwk.de.

